

G I G A *Working Papers*

German  Institute of Global and Area Studies
Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien

GIGA Research Program:
Transformation in the Process of Globalisation

Probleme des Rentierstaats-Ansatzes in vergleichender Perspektive

Martin Beck

N° 26

August 2006

GIGA Working Papers serve to disseminate the research results of work in progress prior to publication to encourage the exchange of ideas and academic debate. Inclusion of a paper in the Working Papers series does not constitute publication and should not limit publication in any other venue. Copyright remains with the authors.

GIGA Working Papers

Edited by GIGA German Institute of Global and Area Studies / Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien.

The Working Paper Series serves to disseminate the research results of work in progress prior to publication to encourage the exchange of ideas and academic debate. An objective of the series is to get the findings out quickly, even if the presentations are less than fully polished. Inclusion of a paper in the Working Paper Series does not constitute publication and should not limit publication in any other venue. Copyright remains with the authors. When Working Papers are eventually accepted by or published in a journal or book, the correct citation reference and, if possible, the corresponding link will then be included in the Working Papers website at:

www.giga-hamburg.de/workingpapers.

GIGA research unit responsible for this issue: Research Program “Dynamics of Violence and Security Cooperation”.

Editor of the GIGA Working Paper Series: Bert Hoffmann <hoffmann@giga-hamburg.de>
Copyright for this issue: © Martin Beck

Editorial assistant and production: Verena Kohler

All GIGA Working Papers are available online and free of charge at the website: www.giga-hamburg.de/workingpapers. Working Papers can also be ordered in print. For production and mailing a cover fee of € 5 is charged. For orders or any requests please contact:

e-mail: workingpapers@giga-hamburg.de
phone: ++49 (0)40 - 428 25 548

GIGA German Institute of Global and Area Studies /
Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien
Neuer Jungfernstieg 21
20354 Hamburg
Germany
E-mail: info@giga-hamburg.de
Website: www.giga-hamburg.de

Probleme des Rentierstaats-Ansatzes in vergleichender Perspektive

Abstract

Problems of the Rentier State Approach in Comparative Perspective

The rentier state approach deeply influenced the discussion on the socio-economic and socio-political development of the Middle East. Yet, the adherents of the approach confined their research on positive cases, thereby neglecting critical objections according to which there are rent-receiving systems whose development did not meet the expectations of the rentier state approach.

The paper examines this criticism by dealing with cases studies inside and outside the region of the Middle East. In this way, the author shows that the rentier state approach is not exposed to a significant problem of deviant cases. Moreover, the article identifies research desiderates that scholars of the rentier state approach should take up.

Key Words: Comparative Studies, Rentier State Approach, Middle East, Latin America, Asia

- Do not cite or quote without prior written permission of the author! -

Dr. Martin Beck

Political Scientist, Senior Research Fellow at the Institute for Middle East Studies of GIGA German Institute of Global and Area Studies, Hamburg, Germany. He is also a senior lecturer ("Privatdozent") at the Institute of Political Science at Hamburg University.

Contact: beck@giga-hamburg.de · Website: <http://staff.giga-hamburg.de/beck>

Zusammenfassung

Der in den 1980er Jahren entwickelte Rentierstaats-Ansatz hat die Diskussion über die sozioökonomische und politische Entwicklung des Vorderen Orients geprägt. Freilich haben sich die Anhänger des Ansatzes bisher zu stark auf die Analyse positiver Fälle konzentriert und sind der Kritik nicht begegnet, dass es rentenbeziehende Systeme gebe, deren Entwicklungsweg nicht den Prognosen des Rentierstaats-Ansatzes entspreche.

Der Aufsatz überprüft diesen Vorwurf eingehend, indem er die relevanten Fälle innerhalb wie außerhalb der Region des Vorderen Orients auf die aufgeworfenen kritischen Fragen hin untersucht. So zeigt der Autor, dass sich der Rentierstaats-Ansatz keinem gravierenden Problem abweichender Fälle ausgesetzt sieht. Die Analyse wirft aber auch konkrete Desiderate auf, die in der Forschung des Rentierstaats-Ansatzes stärkere Beachtung finden sollten.

Article Outline

1. Einleitung
2. Zur Leistungsfähigkeit des Rentierstaats-Ansatzes im Vorderen Orient
3. Das Problem abweichender Fälle aus theoretischer Perspektive
4. Das Problem abweichender Fälle aus empirischer Perspektive
5. Die Rolle intervenierender Variablen für den Rentierstaats-Ansatz
6. Zusammenfassung

1. Einleitung

Nachdem der Rentierstaats-Ansatz in den letzten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts ein eher beschauliches Dasein in eng begrenzten universitären Kreisen führte, weckt er angesichts drastisch gestiegener Erdölpreise zu Beginn des 21. Jahrhunderts neues Interesse, das über akademische Kreise hinausgeht. Die Brisanz des Erdölthemas verlangt auch nach einer Erklärung der autoritären Herrschafts- und ineffizienten Wirtschaftsstrukturen in jener Weltregion, in der sich die Erdöllagerstätten ballen und, wie die *Süddeutsche Zeitung* titelte, deren „Staaten in Rente“ (Zekri 2006), d. h. durch einen Typ von Einkommen geprägt sind, dem keine Investitionsleistungen gegenüberstehen.

Der vorliegende Aufsatz greift die Brisanz des Themas auf, indem er den Hebel an einem dezidiert akademischen Problem ansetzt: Der Rentierstaats-Ansatz ist auf den auch in der

regionalwissenschaftlichen Forschung über den Vorderen Orient zu erwartenden Popularitätsanstieg insofern nicht gut vorbereitet, als theoretische Fragen, die bereits in den 1990er Jahren in kritischer Perspektive aufgeworfen wurden, nach wie vor einer wissenschaftlichen Aufarbeitung harren. Einer der zentralen Vorwürfe, der im Rahmen dieses Beitrages ausführlich behandelt werden soll, lautet, dass der Rentierstaats-Ansatz sich mit einem gravierenden Problem abweichender Fälle konfrontiert sieht. Um diesen zu prüfen soll – nach einer im zweiten Abschnitt zu leistenden generellen Darstellung der Leistungsfähigkeit des Ansatzes – im dritten Abschnitt das Problem der abweichenden Fälle aus theoretischer und im vierten aus empirischer Perspektive beleuchtet werden. Da der Rentierstaats-Ansatz seinem Anspruch nach universell ist, kann und soll hierbei keine Beschränkung auf mutmaßlich abweichende Fälle aus der arabischen Welt (Irak, Libyen) und Iran erfolgen, vielmehr müssen auch die einschlägigen Fälle in Lateinamerika (Venezuela) und dem nicht-muslimischen Asien (Israel, Südkorea und Taiwan) beleuchtet werden. Mit einem Beitrag zur Erledigung des überfälligen Hausaufgaben des Rentierstaats-Ansatzes verbindet sich auch die Aussicht, die aktuelle Diskussion über die These vom Ressourcenfluch zu bereichern, denn im Unterschied zu vielen anderen Rohstoffen, deren gehäuftes Vorkommen eher zu Instabilität und Gewalt beiträgt, ist dies beim Erdöl aufgrund der staatlichen Monopolisierung der Förderung grundlegend anders (vgl. Ross 2004; Ron 2005).¹

Methodisch basiert der Aufsatz zum einen darauf, den Rentierstaats-Ansatz insofern einem harten Test zu unterziehen, als seine Hypothesen stark formuliert werden. Nachdem gezeigt ist, dass trotz des harten Tests wesentliche der mutmaßlich abweichenden Fälle nur vermeintliche sind, sollen zum anderen bei den tatsächlich abweichenden Fällen unter Nutzung der Ceteris-Paribus-Klausel intervenierende Variable identifiziert werden. Deren Bedeutung soll im fünften Abschnitt gebündelt diskutiert werden. Dabei wird sich Gelegenheit bieten, eine Brücke zurück zu politisch aktuellen Fragen zu schlagen: Eine zentrale intervenierende Variable – die konditionale Vergabe politischer Renten – berührt unmittelbar die aktuelle Debatte über die externe Förderung von Demokratisierungsprozessen im Vorderen Orient, wie sie sich seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 entwickelt hat. Im sechsten Abschnitt werden die Ergebnisse der Analyse zusammengefasst.

¹ Für eine kritische Auseinandersetzung mit der These vom „Ressourcenfluch“ siehe Basedau (2005) sowie Basedau/Lacher (2006).

2. Zur Leistungsfähigkeit des Rentierstaats-Ansatzes im Vorderen Orient

Der Rentierstaats-Ansatz kann für sich beanspruchen, in den 1990er Jahren zu einem zentralen Paradigmen für die theoriegeleitete sozioökonomische Analyse von Systemen des Vorderen Orients aufgestiegen zu sein, und zwar sowohl in der deutschen als auch der internationalen Diskussion. Sieht man von einigen wichtigen Vorläufern ab, insbesondere Hossein Mahdavi (1970) und Jacques Delacroix (1980), wurde der Rentierstaats-Ansatz durch einen von Hazem Beblawi und Giacomo Luciani (1987) unter dem programmatischen Titel „The Rentier State“ herausgegebenen Sammelband grundgelegt. Kurz zusammengefasst lauten die beiden zentralen Thesen des Rentierstaats-Ansatzes, dass es in Staaten mit hohem Rentenbezug zum einen zur Herausbildung wirtschaftlich ineffizienter und zum anderen zur Entwicklung politisch autoritärer Strukturen kommt.

Angestoßen wurde der Ansatz nicht durch eine Theoriediskussion, sondern durch empirische Beobachtungen. Im Zuge der Erdölrevolution Anfang der 1970er Jahre rückte ein Regimetyp in den Blickpunkt, der sich auf den Zufluss einer externen Ressource, der Erdölrente, stützte. Wie bereits von Bahgat Korany (1986) herausgearbeitet worden ist, bildete die Erdölrevolution Anfang der 1970er Jahre indes nicht nur den Ausgangspunkt für eine tiefgehende Prägung der erdölexportierenden Staaten im Golf und in Nordafrika, sondern erfasste praktisch die gesamte Region des Vorderen Orients in Form des „Petrolismus“. Ein Teil der Erdöleinnahmen floss nämlich qua politischer Renten und Transferzahlungen an die arabischen Staaten mit geringen oder keinen Erdöleinnahmen. Durch diese insbesondere von Saudi-Arabien und Kuwait betriebene Alimentierung sollte die Politik jener Regime, die noch kurz zuvor in der Nasser-Ära im Vorderen Orient das westfälische Prinzip in Frage gestellt und aktiv Versuche einer politischen Umwälzung der Golfmonarchien betrieben hatten, in konservative Bahnen gelenkt und so für politische Stabilität in der Region gesorgt werden. Weiterhin deckten die kapitalreichen, aber nach allen anderen Kriterien stark unterentwickelten, bevölkerungsarmen Erdölstaaten ihren Bedarf an Arbeitskräften durch „Importe“ aus den kapitalarmen arabischen Nachbarstaaten, die aufgrund ihrer Entwicklungsanstrengungen in den 1950er und 1960er Jahren über ein vergleichsweise hoch entwickeltes Humankapital verfügten. Die intraregionalen Arbeitsmigranten bewahrten ihre familiären Bindungen und überwiesen einen gut Teil ihrer Arbeitseinkommen in ihre Heimatländer (Ibrahim 1982; Pawelka 1985: Kap. 284-304).

Eine Rente ist ein Einkommen, dem keine Arbeits- und Investitionsleistung des Empfängers gegenübersteht (Buchanan 1980: 3; Chatelus/Schemeil 1984: 255). Bei den Erdöleinnahmen der Golfstaaten handelt es sich ganz überwiegend um ökonomische Renten, weil die Regime der Golfregion und Nordafrikas den geologischen Zufall ergiebiger und mit niedrigen Produkti-

onskosten zu fördernder Energiequellen nutzten und durch organisatorische Leistungen, d. h. eine Produktionsbeschränkung im Rahmen der Organisation Erdöllexportierender Länder (OPEC), in Wert zu setzen verstanden. Alan Richards und John Waterbury (1996: 55-57) haben errechnet, dass es für Saudi-Arabien noch rentabel wäre, sein Leichtöl für einen US-Dollar pro Fass auf dem Markt zu verkaufen. Selbst im Sommer 1986, als der Erdölpreis kurzzeitig auf acht US-Dollar gefallen und damit auf seinen tiefsten Punkt seit 1973 gesunken war, belief sich der Rentenanteil demnach noch auf über vier Fünftel.

Auch zwischenstaatliche Budgetüberweisungen sind unstrittig Renten – es handelt sich um politische Renten –, denn ihnen stehen nur politische, aber keine produktiven Leistungen im kapitalistischen Sinne gegenüber. Aber auch bei den Transfers der Migranten handelt es sich insofern um Renten, als hier derjenige, der die Überweisung vornimmt, eine Arbeitsleistung erbringt, jedoch nicht der Empfänger – und letzteres ist im Gegensatz zu ersterem Teil der Definition. Der bei den Migrantenrenten hervorgehobene, weil häufig missverstandene Zusammenhang trifft im übrigen auch auf Erdölrenten zu – auch hier ist es lediglich der Empfänger, nicht aber der Geber, der keine Arbeitsleistungen erbringt.²

Die grundlegende Prämisse des Rentierstaats-Ansatzes lautet, dass Renten dem Empfänger grundsätzlich zur freien Disposition stehen. Dies liegt darin begründet, dass ein Rentier im Unterschied zu einem kapitalistischen Unternehmer keinem Konkurrenzdruck unterliegt, so dass der zukünftige Bezug der Rente nicht daran gebunden ist, dass ein Großteil der Rente reinvestiert wird. Hieraus leitet der Rentierstaats-Ansatz zwei weit reichende Thesen ab, eine zur sozioökonomischen und eine zur politischen Entwicklung. Zum einen blockieren Renten die sozioökonomische Entwicklung, da die Empfänger von Renten nicht dem Zwang unterliegen, diese zugunsten der Erzeugung sich selbst tragenden Wachstums zu investieren, vielmehr können sie sie – außer zur „Selbstprivilegierung“ – zur Absicherung ihrer Position als herrschaftspolitisch dominanter „Staatsklasse“ verwenden (Elsenhans 1981: Teil 5). Dies wiederum führt – zum anderen – zur Herausbildung autoritärer Regime. Da der Rentierstaat nicht oder nur in geringem Maße auf die Besteuerung der Gesellschaft angewiesen ist, besitzt diese keinen Angriffshebel, den Staat zur Gewährung von Partizipationsrechten zu zwingen; vielmehr alimentiert der Staat gesellschaftliche Gruppen, so dass es zu deren „Depolitisierung“ kommt (Luciani 1987: 73; Najmabadi 1987).

Ob und wie stark sich die vom Rentierstaats-Ansatz prognostizierten Wirkungen entfalten, hängt wesentlich von der Höhe des Rentenflusses ab. Lucianis (1987: 70) einflussreicher Definition zufolge erfordert die Qualifikation als Rentierstaat, dass sich das Staatsbudget zu min-

² Bei Einkommen aus Migrantenüberweisungen ist bei der Rentenberechnung im Falle der Konstituierung eines „innerfamiliären Kreditvertrags“ zu beachten, dass vorher erbrachte familiäre Investitionsleistungen in die Ausbildung des Migranten nicht als Renten verbucht werden (Poirine 1997).

destens 40 % aus Renten zusammensetzt. Gregory Gause III (1995: 291) schlägt vor, zwischen Rentiers hohen und mittleren Grades zu unterscheiden. Erstere beziehen über die Hälfte ihrer Staatseinnahmen aus Rentenquellen, Letztere zu mindestens einem Fünftel. Zwar lässt sich das Problem der Willkür prinzipiell nicht vollständig befriedigend eliminieren, geht man aber von in den 1980er und 1990er Jahren erstellten Studien aus, bei denen sich die Hypothesen des Ansatzes bewährt haben, und ermittelt die quantitative Bedeutung, die der Rente in diesen Fällen zugekommen ist, erscheint es sinnvoll, zwischen drei Typen von Rentiers zu unterscheiden. Staaten, deren Rentenanteil am Staatsbudget mindestens 40 bis 50 % beträgt, sind Rentiers starker Ausprägung (erdölexportierende Golfstaaten). Bei ihnen erwartet der Ansatz, dass die Thesen in vollem Umfang zutreffen. Rentiers mittlerer Ausprägung sind solche, bei denen sich der Rentenanteil am Budget auf mindestens 30 bis 40 % beläuft (beispielsweise Algerien und Jordanien in den 1970er Jahren). Rentiers mittlerer Ausprägung sind zur Deckung ihrer Einnahmen partiell auf die Besteuerung der Gesellschaft angewiesen, weshalb sie begrenzte ökonomische und politische Liberalisierungen zulassen müssen, ohne freilich die Schwelle zu Transformationsprozessen hin auf die Herausbildung marktwirtschaftlicher bzw. demokratischer Systeme zu erreichen. Rentiers schwacher Ausprägung weisen einen Rentenanteil am Staatsbudget von mindestens 20 % auf (Jordanien und Ägypten in den 1980er Jahren). In diesen Fällen besteht die „Gefahr“, dass die rentistischen Staatsbürokratien Reformprozesse einleiten (müssen), die entgegen den Intentionen der Elite die Potentiale einer Systemtransformation in sich bergen (Beck 2002: 142-146).

3. Das Problem abweichender Fälle aus theoretischer Perspektive

Mit Hilfe des Rentierstaats-Ansatzes ist es möglich, einen substantiellen Erklärungsbeitrag zur weithin anerkannten Sonderentwicklung des Vorderen Orients zu leisten, der weder von der weltweiten Demokratisierungswelle, die seit der portugiesischen „Nelkenrevolution“ von 1974 beobachtbar ist, noch der in den 1980er Jahren einsetzenden Globalisierung in den Bereichen Ökonomie und Kommunikation in hohem Maße erfasst worden ist. Die empirische Relevanz des Ansatzes ist auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts ungebrochen – weder die arabischen Länder noch der Iran weichen von den Prognosen des Rentierstaats-Ansatzes ab –, und dass dieser Befund vor dem Hintergrund säkular rückläufiger Renteneinnahmen in Folge der gesunkenen Erdölpreise in den letzten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts erfolgt, stellt weder ein theoretisches noch ein empirisches Problem dar: Zum einen waren die Rentenflüsse in den und im Vorderen Orient auch nach 1980 im globalen Maßstab exorbitant hoch. Zum anderen stellt die Invarianz der abhängigen Variable – die

Fortexistenz politisch autoritärer und wirtschaftlich ineffizienter Strukturen in der Phase sinkender Renteneinnahmen – den Rentierstaats-Ansatz vor kein gravierendes theoretisches Problem: Zwar postuliert der Ansatz, dass Rentierstaaten durch sinkende Renteneinnahmen unter Druck geraten (was im Vorderen Orient in den letzten beiden Dekaden des 20. Jahrhunderts auch der Fall war), behauptet aber nicht, dass dies zu einem Regimewandel führen muss. Dies wäre ein Fehlschluss (im Sinne einer Affirmation der Konsequenz), weil der Ansatz nicht postuliert, dass ein aktuell hoher Rentenfluss der einzige Faktor ist, der autoritäre und ökonomisch defizitäre Strukturen befördert (vgl. Luciani 1995: 211 f.).

Diese Bilanz enthebt den Rentierstaats-Ansatz freilich nicht der Auseinandersetzung mit fundierter theoretischer Kritik: Gerade vor dem Hintergrund der zu Beginn des 21. Jahrhunderts stark gestiegenen Erdölpreise und der damit zu erwartenden Popularisierung des Rentierstaats-Ansatzes zur Erklärung politischer Strukturen im Vorderen Orient gilt es, theoretische Arbeit zu leisten, die das sozialwissenschaftliche Fundament des Ansatzes jenseits des Auf und Ab modischer Trends stärkt. Das hier zu behandelnde gravierende theoretische Problem, dem sich der Rentierstaats-Ansatz ausgesetzt sieht, besteht darin, dass er sich stark auf die Analyse positiver Fälle vor allem im Vorderen Orient konzentriert hat. Terry Lynn Karl (1997) hat ihre große Studie über das Paradoxon von Ressourcenreichtum zwar empirisch auf Venezuela fokussiert, das tieferliegende Problem der prioritären Behandlung positiver Fälle aber nicht bearbeitet. Fruchtbare Versuche, den Rentierstaats-Ansatz aus seinem Ghetto positiver Fälle zu befreien, verdankt die Sozialwissenschaft in jüngerer Zeit vor allem der quantitativen Forschung (Ross 2001). Dagegen herrscht ein eklatanter Mangel an qualitativen Beiträgen, die sich mit den in der wissenschaftlichen Literatur an prominenter Stelle erhobenen Vorwürfen auseinandersetzen, dass der Rentierstaats-Ansatz einem gravierenden Problem abweichender Fälle ausgesetzt sei (Brynen et al. 1995: 16; Davis 1991: 10; siehe auch Bromley 1994: 96; Neelsen 1997; Waterbury 1994: 29 f.).

Der Vorwurf, dass sich der Ansatz nicht mit abweichenden Fällen (*deviant cases*) beschäftigt, wiegt aus mindestens zwei Gründen besonders schwer. Erstens ist der Rentierstaats-Ansatz seiner Natur nach nicht auf die Region des Vorderen Orients beschränkt. Selbst wenn es gelingt zu zeigen, dass die vom Rentierstaats-Ansatz fokussierte unabhängige Variable die abhängige Variable „ökonomische und politische Entwicklung des Vorderen Orient“ gut erklärt, ist das kein befriedigendes Ergebnis, solange die Kritik im Raume steht, dass die Anwendbarkeit auf den Vorderen Orient begrenzt ist. Wäre dem so, läge nämlich der Verdacht nahe, dass die unabhängige Variable des Rentierstaats-Ansatzes zwar mit der Entwicklung im Vorderen Orient harmoniert, diese aber nicht erklärt. Der Rentierstaats-Ansatz würde dann ein wesentliches Qualitätsmerkmal guter Hypothesen – das der Sicherheit (Goodman 1961: 150) – nicht erfüllen. Damit verbunden wäre – zweitens –, dass der Rentier-

staats-Ansatz konkurrierenden Ansätzen unterlegen wäre, die ihre Variablen gleichsam aus Faktoren beziehen, welche den Vorderen Orient von vornherein gegenüber allen anderen Weltregionen auszeichnen. Mit anderen Worten, wenn die Vertreter und Vertreterinnen des Rentierstaats-Ansatzes nicht zeigen können, dass sich ihr Problem abweichender Fälle nicht über dem bei sozialwissenschaftlichen Ansätzen üblichen Niveau befindet, dann sind sie einem Ansatz, der den Islam als zentralen Erklärungsfaktor für die Entwicklung des Vorderen Orients modelliert (Gellner 1992: 7, 20 f.; Tibi 1985: 21, 214, 235-246), hoffnungslos unterlegen. Dies gilt selbst dann, wenn dem Rentierstaats-Ansatz kaum abgesprochen werden kann, dass er sehr viel besser in der Lage ist, unabhängige und abhängige Variable klar zu trennen und zu quantifizieren und somit das Tautologieproblem sowie Schwierigkeiten der Messbarkeit der unabhängigen Variable zu vermeiden, als das kulturalistischen Ansätzen gelungen ist (und gelingen kann). Im Folgenden soll deshalb geprüft werden, ob sich der Rentierstaats-Ansatz tatsächlich einem ausgeprägten Problem abweichender Fälle ausgesetzt sieht.

Die beiden Hypothesen des Rentierstaats-Ansatzes sollen hierzu einem harten Test unterzogen werden, d. h. es wird darauf verzichtet, die beiden Thesen des Rentierstaats-Ansatzes bereits vor der Konfrontation mit der Empirie mutmaßlich abweichender Fälle zu relativieren. In der Literatur zum Rentierstaats-Ansatz gibt es zahlreiche Versuche, sich die Ceteris-Paribus-Klausel zunutze zu machen und die Thesen des Rentierstaats-Ansatzes unter Berücksichtigung intervenierender Variablen weicher zu formulieren, als dies hier geschieht. Der vorliegende Beitrag will aber gerade nicht etwaige Probleme des Rentierstaats-Ansatzes theoretisch wegdiskutieren, vielmehr geht es darum, auf der Basis einer Analyse aller bekannten Rentierstaaten, deren Entwicklung mutmaßlich von einer oder beiden der hart formulierten Hypothesen des Rentierstaats-Ansatzes abweicht, in systematischer Weise Variablen zu identifizieren, die zwischen abhängiger und unabhängiger Variable des Rentierstaats-Ansatzes intervenieren (siehe hierzu auch Eckstein 1975: 127).

4. Das Problem abweichender Fälle aus empirischer Perspektive

In der Literatur zum Rentierstaats-Ansatz bzw. deren Kritik finden sich zwei Argumentationen, die den Ansatz kritisieren, indem sie auf abweichende Fälle verweisen. Eine erste derartige Kritik formuliert Eric Davis (1991: 10), der moniert, dass es in einigen Systemen mit hohem Rentenfluss zu politischen Umstürzen gekommen ist, obwohl die Höhe der Rente für die Errichtung einer stabilen Herrschaft hätte ausreichen müssen (Abschnitt „Zur Frage der Stabilität“). Rex Brynen, Bahgat Korany und Paul Noble (1995: 16) führen einen zweiten Ein-

Einwand an, indem sie darauf verweisen, dass es mit Venezuela einen Fall gibt, in dem ein Erdölrentier einen demokratischen Staat ausbildete. Auf der Folie der entwicklungspolitischen Diskussion springt ein dritter gegen den Rentierstaats-Ansatz gerichteter Kritikpunkt ins Auge: Mit Südkorea und Taiwan existieren zwei Länder, die in den 1950er Jahren hohe politische Renten erhielten und dennoch entwicklungspolitische Erfolgsgeschichten schrieben. Offensichtlich ist auch Israel ein weiterer Fall, der zu berücksichtigen ist, denn obwohl Israel Empfänger von politischen Renten in signifikanter Höhe ist, entwickelte es demokratische und wirtschaftlich effiziente Strukturen. Daran schließt sich eine Auseinandersetzung mit der Frage von Demokratisierungen rentistischer Systeme an (Abschnitt „Demokratische Transitionen von Rentierstaaten?“). Schließlich sollen ökonomische Erfolgsgeschichten von Rentiersystemen beleuchtet werden (Abschnitt „Entwicklungspolitische Erfolgsgeschichten rentenbeziehender Staaten“).

Zur Frage der Stabilität

Davis führt als Belege für seiner These, dass die Instabilität mancher rentenbeziehender Systeme dem Rentierstaats-Ansatz widerspreche, die „Revolutionen von oben“ (Trimberger 1978) im Irak (1958) und in Libyen (1969), den Umsturz im Iran (1979), der sowohl Elemente einer Revolution von oben als auch von unten aufwies, sowie die abgebrochene politische Revolution in Algerien (1992) an. Dies ist eine komplette Liste all jener Fälle des Vorderen Orients, bei dem es zur Revolution kam, nachdem der Rentenfluss bereits ein hohes Ausmaß angenommen hatte. Außerhalb des Vorderen Orients findet sich mit Venezuela nur ein einziger weiterer Fall dieser Art, auf den im Abschnitt „Demokratische Transitionen von Rentierstaaten?“ einzugehen sein wird.

Der Irak 1958 und Libyen 1969: Ablösung traditionaler Staatsbürokratien durch moderne Staatsklassen

Im Irak und in Libyen wurden relativ kurz nach Beginn eines starken Rentenflusses traditionale Staatsbürokratien, die zur Anpassung ihrer Legitimationsstrategie an die Rentenflüsse unfähig waren, durch Staatsklassen abgelöst, deren Allokationspolitik alle strategischen Gruppen erfasste, wodurch der Grundstein einer aus herrschaftspolitischer Perspektive erfolgreichen Depolitisierung gelegt wurde. Dies sei exemplarisch am ebenso prominenten wie gut dokumentierten irakischen Fall demonstriert.³

³ Für Libyen, das erst 1961/62 in größerem Umfang Erdöl förderte und dessen Produktion als erstes Land überhaupt in weniger als fünf Jahren auf über eine Million Fass pro Tag gesteigert wurde, siehe Mansour El-Kikhia (1997: 81) sowie Ruth First (1980).

Aufgrund der umfangreichen, detaillierten Studie von Hanna Batatu (1978: 106 f.) ist die Genese des Irak zum Rentier genau nachvollziehbar: Der Anteil der Ölrente am irakischen Staatsbudget überschritt erstmals 1949 die Marke von 10 %, 1950 waren es knapp über 15 %, 1951 bereits annähernd 30 %, 1952 47 % und 1953 fast 64 %. Der Irak, dessen Erdöleinnahmen zum ersten Mal 1931 einen signifikanten Teil des Staatsbudgets ausmachten (Batatu 1978: 106), war also bereits 1951 ein Rentierstaat schwacher bis mittlerer Ausprägung und spätestens 1953 ein Rentierstaat starker Ausprägung.

Die irakische Monarchie war überfordert, die plötzlich in hohem Maße von außen einfließenden Ressourcen herrschaftspolitisch rational zu verwenden, vielmehr wurde eine soziale Gruppe einseitig privilegiert: Zwei Drittel der Rente flossen in den Agrarsektor, der von einer kleinen Schicht von Großgrundbesitzern beherrscht wurde (Pawelka 1993: 83). Diese Gruppe war nicht in der Lage, die ländlichen Massen politisch zu kontrollieren, stattdessen setzte eine starke Landflucht ein (Farouk-Sluglett/Sluglett 1991: 41-46; siehe auch Batatu 1978: 34, 282 f., 1116). Die daraus resultierende Instabilität nahm 1958 eine Gruppe hochrangiger Offiziere zum Anlass zu putschen und die Monarchie zu beseitigen. Die Revolutionäre etablierten ein modernes staatsbürokratisches Rentiersystem, das die Ölrente herrschaftspolitisch effektiv zur Depolitisierung der Gesellschaft einsetzte (Pawelka 1993: 83-86).

Die Revolutionen in Libyen und dem Irak stellen die Thesen des Rentierstaats-Ansatzes nicht in Frage, weil der Ansatz nicht behauptet, dass traditionale Regime die notwendige Anpassungsfähigkeit besitzen müssen, einen „plötzlichen Rentensegen“ herrschaftspolitisch effektiv einzusetzen. Erst nach einer (politischen) Revolution ist dies zu erwarten, und diese Bedingung ist in den vorliegenden Fällen erfüllt.

Ganz anders als im irakischen Fall geriet in Algerien in den 1980er Jahren eine „erfahrene“ Staatsklasse in eine tiefe Krise, wodurch erstmals in der Geschichte der arabischen Welt grundlegende Voraussetzungen für eine mögliche Transformation eines autoritären Systems in eine Demokratie gegeben waren. Die Systemkrise konnte vom herrschenden Regime nur im Rahmen einer der blutigsten Bürgerkriege in der arabischen Geschichte, der durch die Annullierung der von der Islamischen Heilsfront (FIS) mit demokratischen Mitteln gewonnenen Wahlen von 1991 eingeleitet wurde, überwunden werden. Die Systemkrise war das mittelfristige Resultat einer umfassenden Liberalisierungspolitik, die Anfang der 1980er Jahre als rein wirtschaftliche Öffnung in Angriff genommen worden war, dann aber von Präsident Chedli Benjedid durch eine gegen die Etatisten innerhalb der Staatsklasse gerichteten politischen Liberalisierung flankiert wurde. Diese Öffnungspolitik, deren Kontrolle der Staatsklasse Anfang der 1990er Jahre entglitt, war vom Regime als Krisenmanagement gegen die Anfang der 1980er Jahre drastisch sinkenden Erdölpreise lanciert worden. In Algerien war es infolge des massiven Rückgangs der Renteneinnahmen rasch zu einer manifes-

ten Finanzkrise gekommen, weil die etatistischen Segmente innerhalb der Staatsklasse eine Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds torpediert hatten. Im Gegensatz zu seinen Nachbarn in Marokko und Tunesien sah sich Algerien somit gezwungen, auf dem freien Markt Kredite zu harten Konditionen aufzunehmen, und geriet so in eine Verschuldungskrise (Entelis 1980: 117-122; Richards/Waterbury 1996: 229-233; Ruf 1997: Kap. 3-4, 6; Beck/Schlumberger 1999: 71 f.).

In der libyschen und irakischen Revolution wurde eine vom Rentenfluss „überforderte“ Staatsbürokratie durch ein modernes staatsbürokratisches Regime abgelöst, während die Systemkrise in Algerien Folge eines massiven Rentenrückgangs war, für deren Eintritt der Rentierstaats-Ansatz aber gerade keine Stabilität annimmt. Alle drei Fälle greifen also die Grundfeste des Rentierstaats-Ansatz nicht an. Somit bleibt lediglich der im Folgenden zu analysierende Fall der Iranischen Revolution, durch die eine Staatsklasse hinweggefegt wurde, deren herrschaftspolitische Erfahrung noch größer war als jene der algerischen Staatsbürokratie und die durch keine Rentenkrise geschwächt war.⁴

Iran 1979: Ablösung eines Staatsklassen-Regimes durch ein neues

Nach der Restauration des Schah-Regimes im Jahre 1953 entwickelte sich Iran rasch zu einem Rentierstaat. Gemäß der von Mahdavi (1970: 455) erhobenen und sowohl von Afsaneh Najmabadi (1987a: 215) als auch Massoud Karshenas (1990: 82) bestätigten Daten machten ökonomische und politische Renten in Iran bereits 1954 ein Drittel des Staatshaushaltes aus. In der zweiten Hälfte der 1950er sowie im Verlaufe der 1960er Jahre schwankte der Rentenanteil um die 50 %, ab den 1970er Jahren überschritt er diese Marge deutlich. Iran war also bereits Mitte der 1950er Jahre eindeutig ein Rentier mittlerer Ausprägung; in den 1960er Jahren begann eine Entwicklung zum Rentier starker Ausprägung, die ihre Blütephase in den 1970er Jahren hatte. Mitten in diese Phase hinein, also deutlich vor dem Beginn des Erdölpreisverfalls Anfang der 1980er Jahre, kam es zur Iranischen Revolution.

Die Pahlavi-Dynastie hatte eine insbesondere auf die Oberschichten bezogene Depolitiserungsstrategie durchgeführt, in deren Rahmen sie den sozialen Zusammenhalt der ehemals dominanten Schicht der Großgrundbesitzer zerstörte und das gesamte Bürgertum in eine unpolitische Klasse von Reichen verwandelte, die von finanziellen Zuwendungen des Regimes abhängig war (Najmabadi 1987: 218-222). Als eine von der Verteilungspolitik der poli-

⁴ Der Versuch, die Iranische Revolution auf moderate Rückgänge der Erdöleinnahmen in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre zurückzuführen, ist angesichts der extrem hohen Einkommensgewinne in der ersten Hälfte der 1970er Jahre wenig überzeugend und entspringt offensichtlich dem Versuch, den iranischen Fall an die von Theda Skocpol (1979: 19-24) entwickelte Revolutionstheorie anzupassen, die eine externe Schwächung des *ancien régime* als zentrale Voraussetzung für eine erfolgreiche Revolution hervorhebt.

tischen Elite diskriminierte Allianz aus islamischen Rechtsgelehrten (ulama), dem alten Mittelstand (bazar) und den urbanen Marginalisierten (mostazafin) im Verlaufe der 1970er Jahre einen „Staat im Staate“ ausbildete und ab 1978 das Regime herausforderte, stand dieses auf tönernen Füßen: Gerade aufgrund der erfolgreichen Depolitisierungsstrategie waren auch die privilegierten Schichten der Gesellschaft weder bereit noch fähig, den Staat zu verteidigen. Ebenso war das Militär einer so effektiven Depolitisierung unterzogen worden, dass es sich als völlig überfordert erwies, die Machtübernahme durch die von Ayatollah Khomeini geeinte Opposition zu verhindern.

Diese Dialektik erklärt freilich nicht, weshalb die Staatsbürokratie des Pahlavi-Regimes die herrschaftspolitische Gefahr nicht erkannte, die von der Allianz aus Bazar und Ulama ausging. Neben einer – auch in der wissenschaftlichen Literatur der 1970er und frühen 1980er Jahre verbreiteten – massiven Unterschätzung der revolutionären schiitischen Rechtsgelehrten hinsichtlich ihrer politischen Fähigkeiten kann ins Feld geführt werden, dass Muhammad Reza Schah Ende der 1970er Jahre den hohen Anforderungen, die das im Zuge der Depolitisierungspolitik immer stärker auf den patrimonialen Herrscher verengte Regime an dessen Kapazitäten stellte, aufgrund seines Gesundheitszustandes nicht mehr gewachsen war (Fatemi 1982; vgl. Bill 1982: 46 f.).

Es ist allerdings offensichtlich, dass der Rentierstaats-Ansatz selbst keine Erklärung für die Iranische Revolution bereitstellt. Gleichwohl ist zu betonen, dass die Revolution die zentralen Annahmen des Ansatzes auch nicht in Frage stellt. So spricht wenig dafür, Glenn Robinson (1997: 50 f.) zu folgen und aus dem iranischen Fall ad hoc die Hypothese abzuleiten, dass Rentierstaaten „Papiertiger“ seien, denen es an der Fähigkeit gebreche, stabile Herrschaften zu errichten. Die meisten Staatsklassen selbst von Rentierstaaten mittlerer Ausprägung haben es bewerkstelligt, die Gesellschaft umfassend zu depolitisieren und es so gar nicht erst zu revolutionären Unruhen kommen zu lassen. Dem Pahlavi-Regime ist dies nicht gelungen – doch der Rentierstaats-Ansatz reklamiert nicht, dass die Staatsbürokratien von Rentierstaaten eine besondere Stabilität aufweisen, weshalb der Niedergang einer (letztlich verblüffend) geringen Anzahl von rentistischen Staatsklassen die Grundfeste des Rentierstaats-Ansatzes nicht erschüttert.

Die Fundamente des Rentierstaats-Ansatzes wären tatsächlich dann in Frage gestellt, wenn das Pahlavi-Regime durch ein demokratisches und/oder entwicklungspolitisch effektives Regime abgelöst worden wäre. Weder das eine noch das andere ist aber der Fall. Ungeachtet dessen, dass sich die neue Elite auch „islamischer“ Mittel der Legitimationsbeschaffung bedient, die für Rentierstaaten im allgemeinen nicht charakteristisch sind, ist offensichtlich, dass auch die Islamische Republik Iran ein Staatsklassen-Regime hervorgebracht hat. Entgegen den Absichten einiger Segmente der neuen Staatsbürokratie, sich vom kapitalistischen

Weltwirtschaftssystem abzukoppeln, ist es dem neuen Regime nicht gelungen, die Abhängigkeit Irans vom Erdöllexport zu reduzieren. Ansätze einer auf die Entwicklung des Binnenmarktes orientierten ökonomischen Reformpolitik, wie sie Lutz Meyer (1985) beschreibt, wichen bald dem für Rentierstaaten typischen Primat der Verteilungspolitik, die in den 1990er Jahren durch eine noch von Revolutionsführer Ruhollah Khomeini kurz vor seinem Tod im Jahre 1989 eingeleitete, zaghafte Liberalisierungspolitik flankiert wurde (Fürting 1996: 9-17; Gatter 1998: Kap. 3-4). Auch Verlauf und Ausgang der Präsidentschaftswahlen im Jahre 2005 entspricht den Erwartungen des Rentierstaats-Ansatzes: Vor dem Hintergrund gestiegener Erdölpreise und des damit verbundenen höheren Verteilungsspielraumes des Regimes konnte Mahmud Ahmadinejad seinen Wahlkampf auf eine „gerechte“ Verteilung des Erdölreichtums durch den Staat ausrichten und die Öffnungspolitik der 1990er Jahre sowohl im politischen als auch im ökonomischen Bereich nach seinem Amtsantritt in Frage stellen (Kursawe 2005: 350 f., 355).

Demokratische Transitionen von Rentierstaaten?

In den beiden letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts hatte sich (ungeachtet einiger temporärer Hochphasen) der Fluss aller hier behandelten Rentenarten – ökonomischer und politischer Renten genauso wie Migrantenrenten – deutlich reduziert. Nicht zuletzt von einigen Vertreterinnen und Vertretern des Rentierstaats-Ansatzes ist deshalb zumindest für die Rentierstaaten mittlerer und schwacher Ausprägung eine demokratische Transition als realistisches Szenario diskutiert worden (Luciani 1995: 211 f.). Bei den empirischen Analysen ist allerdings nicht nur vorschnell von Maßnahmen der Liberalisierung auf Demokratisierungsprozesse geschlossen, sondern darüber hinaus das Beharrungsvermögen des autoritären Rentierstaates unterschätzt worden. Wie Eberhard Kienle (1998: 219 f.) am Fall Ägypten herausgearbeitet hat, können im globalen „Ballungszentrum“ der Rentiersysteme, im Vorderen Orient, in den 1990er Jahren sogar Trends ausgemacht werden, die auf eine neue Phase der De-Liberalisierung hinweisen. Gleichwohl gibt es zwei historisch bedeutsame Fälle, in denen Staaten, deren politische Eliten Empfänger hoher Renten waren, sich zu Demokratien entwickelten, nämlich Israel und Venezuela. Diese Fälle sollen in den folgenden Abschnitten diskutiert werden.

Israel in den 1950er Jahren: Zeitlich begrenzter Rentenfluss und demokratische Orientierung

Israel ist in den Forschungsarbeiten des Rentierstaats-Ansatzes vernachlässigt worden, was insofern völlig angemessen ist, als die heute an den Staat fließenden Renteneinkünfte zu gering sind, als dass Israel als Rentierstaat zu qualifizieren wäre. Zwischen 1949/50 und 1957/58 bewegte sich der Anteil der Renten am Staatsbudget aber stets über 20 %, phasen-

weise sogar über 30 %. Erst danach fiel der Rentenanteil am Haushalt auf deutlich unter 20 % ab (Halevi/Klinov-Malul 1968: 188). In den 1950er Jahren erfüllte Israel also die Kriterien eines Rentiers schwacher Ausprägung.

Bei Rentiers schwacher Ausprägung ist die aus dem Rentierstaats-Ansatz ableitbare Erwartung, dass sich ein autoritäres Regime entwickeln werde, zwar geringer als bei einem Rentier mittlerer oder gar starker Ausprägung. Gleichwohl aber ist nicht zu bezweifeln, dass die israelische Entwicklung den Rentierstaats-Ansatz vor eine Herausforderung stellt, die nur angegangen werden kann, indem nach dem Einfluss intervenierender Variablen Ausschau gehalten wird. Zwei vom Rentierstaats-Ansatz unberücksichtigte Faktoren drängen sich auf, um zu plausibilisieren, weshalb sich Israel zu einer Demokratie entwickelte. Zum einen stand für die israelischen Regierungen in den 1950er Jahren außer Frage, dass der Bezug von Renten auf hohem Niveau nicht von Dauer sein würde, weshalb das Regime einen hohen Anreiz hatte, die Renten in entwicklungspolitisch effektiver Weise zu verwenden, um dafür gerüstet zu sein, den Staatshaushalt in absehbarer Zeit (fast) ausschließlich über Steuern finanzieren zu müssen. Zwar waren die USA bereits seit 1949 ein Rentengeber, doch im ersten Jahrzehnt der Existenz des Staates Israels waren die Reparationszahlungen der Bundesrepublik Deutschland sehr viel bedeutender (Halevi/Klinov-Malul 1968: 163-167; Telhami 1990: 112-114; Barnett 1992: 161-164). Im Wesentlichen wurden die so genannten Reparationszahlungen Deutschlands, deren temporärer Charakter nie außer Frage stand, in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre geleistet (Wolffsohn/Bokovoy 1996: 464-466). Die Rentenzahlungen aus den USA stiegen dann nach dem Sechstagekrieg 1967 exponentiell an, doch in der Zwischenzeit hatte sich Israel längst zu einem demokratischen Steuerstaat entwickelt.

Zum anderen springt ins Auge, dass der „neue Jischuw“, also die in Europa sozialisierte jüdische Gemeinde, auf der Basis der zionistischen Ideologie bereits in der Ära der britischen Mandats Herrschaft in Palästina demokratische Strukturen hervorgebracht hatte (Wolffsohn 1983: Kap. 1-3, 36). Trotz Bedingungen, die angesichts der imperialistischen Herrschaft Großbritanniens als extrem widrig gelten müssen, wurden bereits in den 1920er Jahren die Träger der wichtigsten politischen Ämter durch Wahlen bestellt (Wolffsohn/Bokovoy 1996: 55-58, 72-76).

Venezuela 1958: Demokratischer Elitenpakt

Eine weitere Herausforderung für den Rentierstaats-Ansatz stellt Venezuela dar. Zwar wies die Entwicklung dieses lateinamerikanischen Landes im vergangenen Jahrhundert durchaus Gemeinsamkeiten mit den orientalischen Rentierstaaten auf: So zeigten sich im politischen Prozess Venezuelas auch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts durchaus „autoritäre Züge“, und die Autonomie des „allmächtigen“ Staates war so hoch, dass er sogar in der La-

ge war, gesellschaftliche Gruppen zu erzeugen (Boeckh 1988: 640, 646). Weiterhin ist zu Beginn des 21. Jahrhunderts unter der Präsidentschaft Hugo Chávez' eine Verstärkung politisch autoritärer Tendenzen zu beobachten. Dennoch ist kaum zu bestreiten, dass sich in Venezuela 1958 im Gegensatz zu allen arabischen Staaten eine demokratische Transition Bahn gebrochen hat (Karl 1987: 63 f.; Boeckh/Hörmann 1995: 521) – und ebendieser Demokratisierungsprozess ist es, der im Rahmen der Fragestellung nach abweichenden Fällen von den Hypothesen des Rentierstaats-Ansatzes einer Bearbeitung harret.

Venezuela bildete als erstes Erdölland überhaupt einen Rentierstaat aus: 1923 machte die Erdölrente erstmals mehr als 5 % der Staatseinnahmen aus (McBeth 1983: 111), Ende der 1920er Jahre bewegte sich der Rentenanteil am Staatshaushalt bereits um die 20 % (Boeckh 1980: 81; McBeth 1983: 111), und in den 1930er und 1940er Jahren entwickelte sich Venezuela dann allmählich zu einem Rentierstaat starker Ausprägung (Boeckh 1980: 81; Mommer 1983: Kap. 3; Boeckh 1988: 639 f., 651). Im Jahre 1958, als es zur demokratischen Transition kam, machten die Erlöse aus dem Erdöllexport bereits um die 50 % der Staatseinnahmen aus (Boeckh 1980: 81; Ewell 1984: 229). Karl (1987) hat in ihrer Analyse den Zusammenhang zwischen der Erdölproduktion und der demokratischen Transition in Venezuela ausführlich beleuchtet. Dabei vertritt sie die These, dass der Rentenbezug eine günstige Bedingung für die Konsolidierung der venezolanischen Demokratie bildete, denn sie ermöglichte die Etablierung einer Demokratie mit wenigen Verlierern (Karl 1987: 87). Diese Feststellung widerspricht rententheoretischen Einsichten aber ebenso wenig wie der Entwicklungsweg, den Karl sowie Andreas Boeckh (1980: 80-90) bis zum Moment der demokratischen Transition Venezuelas skizzieren – es ist der Moment, an dem die Transition einsetzt, den der Rentierstaats-Ansatz nicht erklären kann.

Karl (1987: 67 f.) zeigt zunächst, dass der hohe Rentenzufluss in Venezuela spätestens in den 1930er Jahren entwicklungspolitisch dysfunktionale Effekte zeitigte. Die Weltwirtschaftskrise wurde im Gegensatz zu Argentinien, Brasilien und Chile vom venezolanischen Regime nicht zu entwicklungspolitischen Eigenanstrengungen genutzt, d. h. in den 1930er Jahren fand kein Versuch statt, die ausfallenden Exporte durch eine Strategie der Importsubstitution zu ersetzen. Wie Boeckh (1980: 84 f.) zeigt, kam es dann zwar unter der Regierung von General Isaias Medina Angarita zwischen 1941 und 1945 zu einer auf die Dynamisierung des Binnenmarktes fokussierten Entwicklungspolitik, dieser steinige Weg war aber angesichts der Chancen, die die Renteneinnahmen für eine sofortige Steigerung des Lebensstandards per Verteilungspolitik boten, auf Dauer politisch nicht durchsetzbar. Die nach 1945 regierende *Acción Democrática* bildete einen Allokationsstaat heraus, weshalb in Venezuela die produktiven Sektoren keine starken sozialen Gruppen hervorbrachten: Weder entwickelte sich ein modernes Bürgertum noch eine starke Arbeiterschicht. Soweit Konflikte innerhalb der Oberschicht zwischen

Agrar-, Finanz- und Industriebürgertum unter diesen Umständen überhaupt auftreten konnten, wurden sie durch rentenpolitische Verteilungsaktivitäten gemildert (Boeckh 1980: 85; Karl 1987: 86 f.). Gleichwohl kam es zu zwei sich gegenseitig verstärkenden Defekten, an denen das Regime schließlich scheitern sollte. Zum einen war der Großgrundbesitz nicht in der Lage, die ländlichen Massen an sich zu binden, weshalb es zu einer Landflucht und zur Entstehung einer Schicht urbaner Marginalisierter kam. Zum anderen entstand – nicht zuletzt als Folge des einzig expandierenden Sektors, der Erdölbranche – eine moderne Mittelschicht. Diese brachte auch Politiker hervor, die die urbanen Marginalisierten organisierten. Schließlich trug die widersprüchliche Politik von General Marcos Perez Jimenez, der nach dem Putsch von 1948 das Präsidentenamt bekleidete, zum endgültigen Niedergang des Regimes bei (Boeckh 1980: 86; Karl 1987: 70 f., 76, 86 f.).

Diese Entwicklungslinien weisen weitgehende Parallelen zum irakischen, libyschen und iranischen Fall auf. Der entscheidende Unterschied liegt indes darin, dass die Revolutionen in den orientalischen Ländern Staatsklassen-Regime hervorbrachten, während sich in Venezuela eine Demokratie entwickelte. Diese war aber nicht primär das Ergebnis zivilgesellschaftlichen Drucks von unten, sondern das Resultat eines Pakts zweier Elitenfraktionen, nämlich der reformorientierten Teile der Staatsbürokratie sowie der moderaten Teile der Opposition. Im Rahmen des demokratischen Pakts von *Punto Fijo* wurde unter Führung von Rómulo Betancourt nicht nur die kommunistische Partei an den Rand gedrängt, sondern den Militärs auch Straffreiheit für ihre Taten während der Militärherrschaft zugesichert (Karl 1987: 79, 83, 97 f.).

Zur Erklärung der venezolanischen Entwicklung muss ein Faktor herangezogen werden, der im Rentierstaats-Ansatz keine genuine Berücksichtigung findet: Der Pakt von *Punto Fijo* und damit der demokratische „Take-off“ Venezuelas war das Ergebnis günstiger Konstellationen zwischen den regierenden und den oppositionellen Eliten, die eine Kooperation ermöglichte, wohingegen in den orientalischen Fällen die entsprechenden Akteure einander unversöhnlich gegenüberstanden. Folgt man der Transitionstheorie Adam Przeworskis (1991: Kap. 2), muss freilich die venezolanische und nicht die orientalische Entwicklung als Ausnahme angesehen werden, denn erstere hatte zur Voraussetzung, dass sich die moderaten Kräfte sowohl innerhalb der Opposition als auch der Regierung auf das für beide Akteure schmerzhafteste und mit Unsicherheiten behaftete Experiment der Demokratie einließen. Karl (1987: 75) zufolge war ein wesentlicher Grund für die gleichsam von oben eingerichtete Demokratie, dass die venezolanische Opposition in einer früheren Phase, nämlich von 1945 bis 1948, bereits einmal als Juniorpartner an der politischen Macht beteiligt worden war, was einen Lernprozess zugunsten einer Deradikalisierung befördert hatte.

Entwicklungspolitische Erfolgsgeschichten rentenbeziehender Staaten

Es gibt weltweit drei Staaten, die, wenngleich teilweise temporär begrenzt, relativ hohe Renten bezogen und dennoch eine signifikante entwicklungspolitische Erfolgsgeschichte schrieben, indem sie die Transformation von Entwicklungsländern zu modernen Industrie- bzw. Dienstleistungsgesellschaften bewerkstelligten: Israel, Südkorea und Taiwan. Diese Zahl erscheint absolut betrachtet eher gering, angesichts der global sehr wenigen Länder, die eine solche entwicklungspolitische Erfolgsgeschichte vorweisen können, stellt sie den Rentierstaats-Ansatz aber vor eine gravierende Herausforderung.

Israel: Entwicklungsorientierung des Zionismus

Durch welche Faktoren lässt sich die Entwicklung in Israel plausibilisieren? Erstens zeichnen sich Israel wie auch Taiwan und Südkorea dadurch aus, dass der Rentenbezug nur in kurzen Phasen eine Höhe erreichte, die rentierstaatliche Dimensionen aufwies, und dies auch nur in schwacher Ausprägung. Da der zionistische Elite der temporäre Charakter der deutschen Hilfszahlungen bewusst war, lag eine besondere Motivation vor, eine produktive Ökonomie herauszubilden. Zweitens war ein guter Teil der jüdischen Siedler und Siedlerinnen stark von der zionistischen Ideologie geprägt, die darauf zielte, dem jüdischen Volk gerade auch im wirtschaftlichen Bereich größtmögliche Unabhängigkeit zu verschaffen (Eisenstadt 1967: Kap. 2-3). Obgleich sich die israelische Ökonomie durch einige rentistische Merkmale auszeichnet – insbesondere war die bürokratische Kontrolle der Wirtschaft sowie die Lücke zwischen dem Niveau der Produktivität und dem Lebensstandard zumindest im 20. Jahrhundert an OECD-Maßstäben gemessen hoch (Barkai 1984: 3-5) – doch der Grundstein dafür, dass Israel zu den wirtschaftlich am höchsten entwickelten und wohlhabendsten Ländern der Welt gehört, wurde durch die dynamische Binnenökonomie gelegt.

Südkorea: Wirtschaftswunder infolge sinkender und konditional vergebener Renten

Südkorea war nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges Empfänger externer Hilfsleistungen in großem Umfang. Von 1946 bis 1978 wurden Seoul von den USA fast sechs Milliarden US-Dollar an Wirtschaftshilfe gewährt, während ganz Afrika im selben Zeitraum nur knapp sieben und Lateinamerika lediglich knapp fünfzehn Milliarden US-Dollar erhielten. Zieht man die Militärhilfe hinzu, werden die unterschiedlichen Größenordnungen noch deutlicher: Zwischen 1955 und 1978, also in der Ära nach dem Koreakrieg, flossen an Korea und Taiwan insgesamt über neun Milliarden, an Lateinamerika und Afrika zusammen dagegen kaum mehr als drei Milliarden US-Dollar an Militärhilfe (Cumings 1984: 24).

Der Großteil der über 30 Jahre der Republik Korea gewährten Hilfgelder floss in den 1950er Jahren, und in diesem Zeitraum liegt auch die Phase, in der die Gelder einen gewichtigen

Teil des Staatsbudgets ausmachten. Der Höhepunkt der Zahlungen durch die USA fiel in das Jahr 1957, danach kam es zu einem drastischen Rückgang. Während sich das Staatsbudget in den späten 1950er Jahren zu gut einem Drittel aus Hilfgeldern sowie ausländischen Krediten zusammensetzte, wurde das Budget seit 1965 zu über 85 % aus Steuern finanziert (Menzel 1985: 74, 93).

Das „Wirtschaftswunder“ der Republik Korea wurde aber erst nach dem Sturz des Rhee-Regimes 1960 unter der von 1963 bis 1978 währenden Präsidentschaft von Park Chung Hee eingeleitet. In den 1950er Jahren war das Wirtschaftswachstum Südkoreas hingegen gering (Sano 1980: 212 f.; Luther 1983: 123). Byung-Kook Kim (1990: 233-245) zeigt, dass sich die unter Syngman Rhee herrschende Staatsbürokratie gegenüber den USA als Rent-seeker verhielt und massiv (markt-)wirtschaftliche Rationalitäten ignorierte, um in den Genuss höherer externer Zuwendungen zu kommen (siehe auch Yi 1988: 133). Diese Strategie wurde von den USA allerdings nur bis 1956 toleriert. Als dann zum einen das strategische Ziel der USA, Südkorea zu stabilisieren, erreicht war und zum anderen der Kongress gegen die Auslandshilfe mobil machte, ging die US-Administration dazu über, die Vergabe der politischen Renten an eine wirtschaftspolitisch effektive Verwendung zu knüpfen (Mason et al. 1980: 195-197).

Bruce Cumings (1984: 27 f.) betont, dass die in den 1960er Jahren einsetzende Exportorientierung Südkoreas (wie auch Taiwans) programmatisch von den USA formuliert wurde und diese auch großen Einfluss bei der Implementierung ausübten. Auch Ulrich Menzel (1985: 76 f., 249) hebt die bedeutende Rolle hervor, die die USA für die Einleitung des erfolgreichen südkoreanischen Wirtschaftsweges spielten, und stellt, wie auch Dirk Messner (1994: 178), einen kausalen Zusammenhang zwischen dem Rückgang der politischen Renten und dem neuen, erfolgreichen Wirtschaftskurs her.

Die südkoreanische Entwicklung steht also nicht im Widerspruch zu den Annahmen des Rentierstaats-Ansatzes, sondern bestätigt sie, sofern die intervenierende Variable der Konditionalität, die die freie Disponibilität der Rente ausgehebelt, berücksichtigt wird. In den 1950er Jahren entwickelte sich in Südkorea ein Rentierstaat, dessen entwicklungspolitische Performanz gering war. Als der Hauptrentengeber die Hilfe stark kürzte und die Verwendung außerdem an eine ökonomisch effektive Verwendung knüpfte, geriet Südkorea in eine Krise, die erst nach dem von Park vollzogenen Politikwechsel bewältigt werden konnte (Kim 1988: 267-271; Kang 1989: 104-106). Bereits Mitte der 1960er Jahre bewegte sich das Niveau der Rentenzahlungen zugunsten des südkoreanischen Staatsbudgets deutlich unter dem für Rentierstaaten charakteristischen Niveau.

Taiwan: Zeitlich begrenzter Rentenfluss und Konditionierungsdruck

Zwar setzte auch in Taiwan die Ära des exportorientierten Wachstums erst in den 1960er Jahren ein, doch im Unterschied zu Südkorea wies die taiwanesische Ökonomie bereits in den 1950er Jahren ein bemerkenswert hohes, auf den Binnenmarkt orientiertes Wachstum auf (Jacoby 1966: 158 f.; Menzel 1985: 150, 198-200). Auch wenn die wirtschaftswissenschaftliche Literatur ein eher skeptisches Urteil abgibt, inwieweit die politischen Rentenzahlungen entwicklungspolitisch positive Effekte für die taiwanesische Ökonomie zeitigten (Scott 1979: 369-378; Amsden 1985: 90 f.), stellt sich hier doch die Frage, ob die Entwicklung in Taiwan den Annahmen des Rentierstaats-Ansatzes widerspricht.

Die US-Hilfe zugunsten von Taiwan war im Vergleich zu jener Südkoreas auf eine kurze Periode beschränkt, nämlich von 1951 bis 1965. Die größte Bedeutung für das Staatsbudget kam politischen Renten in den Jahren 1952 bis 1955 zu, als sich der Anteil der Hilfszahlungen an den Staatseinnahmen zwischen 24 und 33 % bewegte. Eine zweite Hochphase war von 1960 bis 1962 zu verzeichnen, als der Rentenanteil zwischen 21 und 27 % betrug. Mit Ausnahme des Jahres 1957, als der Rentenanteil bei 21 % lag, machten die Renten in allen anderen Jahren weniger als 20 % der Staatseinnahmen aus (berechnet nach Jacoby 1966: 93 f., 283).

Wie erklären sich die Abweichungen von der Erwartung des Rentierstaats-Ansatzes, dass ein hoher Rentenbezug eine produktive ökonomische Entwicklung blockiert? Erstens war jene Periode, in der der taiwanesischer Staat über Renteneinkünfte auf dem Niveau eines Rentiers schwacher Ausprägung verfügte, zeitlich eng begrenzt. Wie schon im Falle der südkoreanischen Regierung gesehen, war zweitens auch jene Taiwans ab 1956 einem Konditionierungsdruck seitens der USA ausgesetzt, der bis dahin bei der Vergabe der Hilfe bestenfalls eine untergeordnete Rolle gespielt hatte: Ab 1959 forderten die USA eine Umstellung auf eine Exportorientierung und kündigten unmissverständlich das Auslaufen der Hilfe an (Jacoby 1966: 30-33, 228-230; Ho 1978: 117-119).

5. Die Rolle intervenierender Variablen für den Rentierstaats-Ansatz

Drei intervenierende Variable

Die wirtschaftliche und politische Entwicklung Israels, die wirtschaftliche Entwicklung in Taiwan sowie die politische Entwicklung in Venezuela können in signifikanten Perioden nicht mit dem Rentierstaats-Ansatz erklärt werden. In nur einem einzigen Fall – Venezuela – trifft die Abweichung einen Rentierstaat starker Ausprägung, bei den anderen drei Fällen handelt es sich um Rentiers schwacher Ausprägung. Aufgrund der geringen „Fehlerquote“ des Rentierstaats-Ansatzes und weil die beiden Hypothesen des Rentierstaats-Ansatzes

nicht den Anspruch eines unumstößlichen Gesetzes erheben, kann die Relevanz intervenierender Variablen anerkannt und berücksichtigt werden.

Bei der Diskussion der kritischen Fälle sind bereits einzelne intervenierende Variable identifiziert worden: im Falle Israels die demokratische Orientierung der politischen Elite sowie die Betonung des Wertes produktiver Arbeit durch den Zionismus. In Venezuela war das Vorhandensein eines Elitenpluralismus von entscheidender Bedeutung: Im Moment der Transition waren zwar weder die herrschende Staatselite noch die sie herausfordernde Opposition demokratisch, um einen Machtkampf auf Biegen und Brechen zu verhindern einigten sie sich aber auf einen „Demokratischen Pakt“. Außerdem zeichnen sich die Fälle Israel, Taiwan und Südkorea dadurch aus, dass die zeitliche Begrenzung des Rentenflusses von vornherein feststand. Bei den beiden ostasiatischen Ländern sticht darüber hinaus hervor, dass der Geber der Rente deren Transfer an Konditionen knüpfte. Eine weitere intervenierende Variable, die sich aus dem Vergleich der drei asiatischen Fälle aufdrängt, beruht auf einer Beobachtung Michael Barnetts (1992: 161-165; 1996: 124 f.), der darauf aufmerksam macht, dass Israel mit Südkorea und Taiwan das Merkmal einer sicherheitspolitisch prekären Lage teilte. Deshalb, so Barnett, brachten die drei Systeme Regierungen hervor, die sich gegenüber der eigenen Bevölkerung besonders verantwortlich verhielten und alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel für eine Industrialisierung nutzten, um die Wehrhaftigkeit zu optimieren und damit die nationalstaatliche Autonomie zu wahren.

Bündelt man die intervenierenden Variablen, indem von den empirischen Besonderheiten der Einzelfälle abstrahiert wird, ergeben sich drei intervenierende Variable von zentraler Bedeutung: Erstens können die Wirkungen von Renten durch den Faktor „Ideen“ beeinflusst werden, konkret durch tief verwurzelte Überzeugungen bei den Rentenempfängern, die eine wirtschaftlich effiziente Verwendung der Finanzmittel und/oder den Aufbau eines demokratischen Systems gebieten. Gleichsam als Schwundstufe kann die Idee des „demokratischen Pakts“ gelten, die in Venezuela Anwendung fand. Mit anderen Worten: Unter sonst gleichen Bedingungen verwenden die Empfänger von Renten diese zur Selbstprivilegierung, weil sie ihnen prinzipiell zur freien Verfügung stehen – dieser Mechanismus kann aber durch tief verankerte Ideologien gebrochen werden. Zweitens kann eine äußere Bedrohung der nationalstaatlichen Autonomie die Staatsbürokratie dazu bewegen, die erhaltenen Renten effizient zu verwenden. Drittens schließlich kann die normale Wirkung der freien Verfügbarkeit von Renten auch dadurch blockiert werden, dass die Rentenempfänger diese nur unter Auflagen erhalten. Als Schwundstufe dieses Zusammenhangs ist zu betrachten, wenn der Geber der Rente von vornherein glaubhaft macht, dass die Transferzahlungen nur über einen eng begrenzten Zeitraum vergeben werden. Aufgrund der mit dem dritten As-

pekt verbundenen politischen Brisanz soll auf diesen Punkt im nun folgenden Abschnitt näher eingegangen werden.

Zur Konditionierung politischer Renten

Auf absehbare Zeit erscheint eine Konditionierung durch den Geber nur bei politischen, nicht aber ökonomischen Renten chancenreich. Die konditionale Vergabe der Erdölrente ist zwar logisch keinesfalls ausgeschlossen, setzt aber voraus, dass die Käufer den Markt kontrollieren. Als dies aufgrund des oligopolen, von westlichen Unternehmen dominierten Welterdölmarktes der Fall war, kam es Anfang der 1950er Jahre zu einer – unter imperialen Vorzeichen – erfolgreichen Konditionierung der Erdölrente in Iran: Als das nationalistische Regime von Mohammad Mossadegh den Erdölsektor 1951 nationalisierte, organisierten die großen transnationalen Erdölkonzerne einen Boykott iranischen Erdöls, der das Land an den Rand des Staatsbankrotts brachte, so dass das Regime 1953 keine Widerstandskräfte mehr gegen einen (von der CIA unterstützten) Putsch hatte, durch den das Pahlavi-Regime restauriert wurde.⁵ Seit den 1970er Jahren ist den Konzernen aber die Kontrolle über den Erdölhandel entglitten, so dass realistischere Weise nur mehr die Vergabe politischer Renten an Konditionen gebunden werden kann, da diese nicht über Märkte, sondern Staatsbudgets zugewiesen werden.

Hieraus lassen sich drei Schlussfolgerungen entwickeln, die es verdienen, in der weiteren Forschung vertiefte Beachtung zu finden. Erstens erscheint eine gezielte, d. h. von westlichen Akteuren planmäßig geförderte Demokratisierung der Staaten des Vorderen Orients bei den Beziehern politischer Renten sehr viel erfolgversprechender als bei den Erdölstaaten. Freilich ist, wie auch das venezolanische Beispiel lehrt, zweitens zu beachten, dass es bei Erdölstaaten chancenreich sein könnte, die Rahmenbedingungen für einen „demokratischen Pakt“ zu legen. Dies wirft ein interessantes Licht auf den Umgang mit dem Islamismus: Zum einen wäre die institutionelle Förderung (moderater Segmente) des Islamismus im Sinne des Aufbaus eines machtpolitischen Gegengewichts zu den herrschenden Eliten eine günstige Voraussetzung für eine Demokratisierung. Zum anderen zeigt der algerische Fall, dass das positive Resultat eines demokratischen Patts keinesfalls als gesichert anzusehen ist. Sofern sich nicht sowohl bei der herrschenden Elite als auch den herausfordernden Islamisten die moderaten Segmente durchsetzen, kann es statt zu einer Demokratisierung zu einem blutigen Bürgerkrieg kommen. Drittens schließlich stellt sich die Frage nach den Er-

⁵ Ein weiteres Beispiel liefert Mexiko in der Spätphase der Revolution: Als die mexikanische Regierung unter Lázaro Cárdenas den Erdölsektor 1938 nationalisierte, organisierten die Konzerne einen Boykott, der dazu beitrug, dass Mexiko seine Rolle als bedeutender Erdölexporteur für Jahrzehnte verlor (Hamilton 1982: Kap. 7).

folgsbedingungen der Konditionierung politischer Renten: Die gelungenen Konditionierungspolitiken im Falle Südkoreas und Taiwans kontrastieren deutlich mit dem vom Westen mit großem Aufwand lancierten Programm, den Osloer Friedensprozess zu nutzen, um in Palästina die erste arabische Demokratie zu etablieren. Vor dem Hintergrund der transatlantischen *Broader Middle East Initiative* stellt sich der vergleichenden Regionalforschung hier eine sowohl aus wissenschaftlicher als auch politischer Perspektive interessante Herausforderung.

6. Zusammenfassung

Die Analyse hat ergeben, dass sich der Rentierstaats-Ansatz in weit geringerem Maße mit abweichenden Fällen konfrontiert sieht, als dies auf den ersten Blick den Anschein hat. Entgegen der Auffassung seiner Kritikerinnen und Kritiker haben sich unter sonst gleichen Bedingungen die Hypothesen des Rentierstaats-Ansatzes sehr gut bewährt. Es ist lediglich ein Fall ermittelt worden, bei dem eine konsolidierte Staatsklasse gestürzt wurde, ohne dass das Regime mit einer Rentenkrise konfrontiert war: Iran 1979. Die Iranische Revolution brachte freilich neuerlich ein rentistisches Staatsklassenregime hervor, so dass hier keine Systemtransformation mit Basismerkmalen vorliegt, die den Annahmen des Rentierstaats-Ansatzes widersprechen.

Da es keine These des Ansatzes ist, dass Rentierstaaten eine überdurchschnittlich hohe Stabilität aufweisen, stehen die Revolutionen im Irak 1958, in Libyen 1970 sowie im Iran 1979 nicht im Widerspruch zu den Hypothesen des Rentierstaats-Ansatzes: Zwar haben sich hier Staatsbürokratien, die über hohe Renteneinnahmen verfügten, als unfähig erwiesen, sich an der Macht zu halten, doch sie wurden jeweils von politischen Eliten abgelöst, die neuerlich rentierstaatliche Systeme etablierten. Die abgebrochene Revolution in Algerien wiederum war Folge einer Rentenkrise, und für eine solche prognostiziert der Ansatz ausdrücklich keine Stabilität.

Es ist aber auch gezeigt worden, dass es mit Israel und Venezuela in den 1950er Jahren zwei Fälle in der Geschichte gibt, bei denen Rentiers eine demokratische Entwicklung nahmen. Im Falle Israels konnte diese mit dem geringen Umfang und der kurzen Dauer des Rentenflusses sowie der demokratischen Organisation des neuen Jischuw plausibilisiert werden. Gravierender ist die Abweichung im venezolanischen Fall, denn hier handelte es sich um einen Rentier starker Ausprägung. Es konnte aber gezeigt werden, dass dessen demokratische Transition auf eine spezifische Konstellation zurückzuführen ist, in der die moderaten Segmente zweier um die Herrschaft konkurrierender, nichtdemokratischer Eliten aus pragmatischen Gründen einen „demokratischen Pakt“ schlossen. Politisch verweist der Fall Ve-

nezuela vor dem Hintergrund des seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 prominenten Ziels der Demokratisierung des Vorderen Orients darauf, dass die bisherige Forschung zum Rentierstaats-Ansatz die theoretische Möglichkeit unterschätzt hat, dass sich Demokratien im Sinne Przeworskis aus einem Elitenpakt heraus entwickeln, an dem keine überzeugten Demokraten und Demokratinnen beteiligt sein müssen.

Drei Staaten schrieben entwicklungspolitische Erfolgsgeschichten, obwohl sie temporär über hohe Rentenflüsse verfügten: Israel, Südkorea und Taiwan. Jeweils konnten mächtige intervenierende Variable identifiziert werden: In Israel war die mit der zionistischen Ideologie verbundene Entwicklungsorientierung wirksam, und in den beiden asiatischen Fällen konnte gezeigt werden, dass die USA die Vergabe der Hilfszahlungen in kritischen Phasen daran banden, dass sie in entwicklungspolitisch effektiver Weise verwendet wurden. In allen drei Fällen sahen sich die Regierungen starken sicherheitspolitischen Bedrohungen ausgesetzt, die hohe Anreize für eine effektive Ressourcenverwendung setzten. Auch die Betrachtung rentenbeziehender Staaten, die entwicklungspolitische Erfolgsgeschichten schrieben, stellt den Rentierstaats-Ansatz demnach nicht vor gravierende Probleme, verweist aber auf die Relevanz von intervenierenden Variablen, die besondere Beachtung verdienen. So hat die Analyse von Südkorea und Taiwan gezeigt, dass die Konditionierung der Rentenvergabe einen erheblichen Einfluss auf die Systementwicklung nehmen kann. Damit ist auch der Bogen zu einer politisch brisanten Frage geschlagen: Inwieweit ist die Konditionierung politischer Renten ein Mittel, durch dessen Anwendung westliche Akteure das weithin geteilte Ziel der Demokratisierung des Vorderen Orients fördern könnten?

Literatur

- Amsden, Alice H. (1985): The State and Taiwan's Economic Development, in: Evans, Peter B.; Rueschemeyer, Dietrich; Skocpol, Theda (Hrsg.), *Bringing the State Back In*, Cambridge, S. 78-106.
- Barkai, Haim (1984): The Israeli Economy in the Past Decade, in: *The Jerusalem Quarterly*, Nr. 32, S. 3-15.
- Barnett, Michael N. (1992): *Confronting the Costs of War: Military Power, State, and Society in Egypt and Israel*. Princeton, N.J.
- (1996): Israel in the World Economy, in: Barnett, Michael N. (Hrsg.), *Israel in Comparative Perspective: Challenging the Conventional Wisdom*, Albany, N.Y., S. 107-140.
- Basedau, Matthias (2005): Context Matters - Rethinking the Resource Curse in Sub-Saharan Africa (Working Papers Global and Area Studies No. 1), in: www.giga-hamburg.de/workingpapers, 31.07.2006.
- ; Lacher, Wolfram (2006): A Paradox of Plenty? Rent Distribution and Political Stability in Oil States (Working Papers Global and Area Studies No. 21), in: www.giga-hamburg.de/workingpapers, 31.07.2006.
- Batatu, Hanna (1978): *The Old Social Classes and the Revolutionary Movements of Iraq: A Study of Iraq's Old Landed and Commercial Classes and of its Communists, Ba'athists, and Free Officers*, Princeton, N.J.
- Beblawi, Hazem; Luciani, Giacomo (Hrsg.) (1987): *The Rentier State*. London.
- Beck, Martin (1994): Die Iranische Revolution: Der Sieg der revolutionären ulama unter Führung Khomeinis, in: *Asien, Afrika, Lateinamerika*, 22.2, S. 165-181.
- (2002): *Friedensprozess im Nahen Osten: Rationalität, Kooperation und politische Rente im Vorderen Orient*. Wiesbaden.
- ; Schlumberger, Oliver (1999): Der Vordere Orient – ein entwicklungspolitischer Sonderfall?, in: Pawelka, Peter; Wehling, Hans-Georg (Hrsg.), *Der Vordere Orient an der Schwelle zum 21. Jahrhundert: Politik – Wirtschaft – Gesellschaft*, Opladen, S. 35-55.
- Bill, James A. (1982): Power and Religion in Revolutionary Iran, in: *The Middle East Journal*, 36.1, S. 22-47.
- Boeckh, Andreas (1980): Grundrente und Staat: Argentinien und Venezuela im 19. und 20. Jahrhundert, in: Hanisch, Rolf; Tetzlaff, Rainer (Hrsg.), *Historische Konstitutionsbedingungen des Staates in Entwicklungsländern*, Frankfurt/M., S. 47-98.

- (1988): Die Schuldenkrise und die Krise des bürokratischen Entwicklungsstaates in Venezuela, in: Politische Vierteljahresschrift 29.4, S. 636-655.
- ; Hörmann, Marion (1995): Venezuela, in: Nohlen, Dieter; Nuscheler, Franz (Hrsg.), Handbuch der Dritten Welt, Band 2: Südamerika, 3. Auflage, Bonn, S. 516-543.
- Bromley, Simon (1994): Rethinking Middle East Politics: State Formation and Development. Cambridge.
- Brynen, Rex; Korany, Bahgat; Noble, Paul (1995): Introduction: Theoretical Perspectives on Arab Liberalization and Democratization, in: Brynen, Rex; Korany, Bahgat; Noble, Paul (Hrsg.), Political Liberalization and Democratization in the Arab World, Band 1: Theoretical Perspectives, Boulder, Colo., S. 3-28.
- Buchanan, James M. (1980): Rent Seeking and Profit Seeking, in: Buchanan, James M.; Tollison, Robert D.; Tullock, Gordon (Hrsg.), Toward a Theory of the Rent-Seeking Society, College Station, Tex., S. 3-15.
- Chatelus, Michel; Schemeil, Yves (1984): Towards a New Political Economy of State Industrialization in the Arab Middle East, in: International Journal of Middle East Studies, 16, S. 251-265.
- Cumings, Bruce (1984): The Origins and Development of the Northeast Political Economy: Industrial Sectors, Product Cycles, and Political Consequences, in: International Organization, 38.1, S. 1-40.
- Davis, Eric (1991): Theorizing Statecraft and Social Change in Arab Oil-Producing Countries, in: Davis, Eric; Gavrielides, Nicolas (Hrsg.), Statecraft in the Middle East: Oil, Historical Memory, and Popular Culture, Miami, Fla., S. 1-35.
- Delacroix, Jacques (1980): The Distributive State in the World System, in: Studies in Comparative International Development, 15.3, S. 3-21.
- Eckstein, Harry (1975): Case Study and Theory in Political Science, in: Greenstein, Fred I.; Polsky, Nelson W. (Hrsg.), Handbook of Political Science, Bd. 7, Reading, S. 79-137.
- Eisenstadt, S. N. (1967): Israeli Society. London.
- El-Kikhia, Mansour O. (1997): Libya's Qaddafi: The Politics of Contradiction. Gainesville, Fla.
- Elsenhans, Hartmut (1981): Abhängiger Kapitalismus oder bürokratische Entwicklungsgesellschaft: Versuch über den Staat in der Dritten Welt. Frankfurt/M.
- Entelis, John P. (1980): Comparative Politics of North Africa: Algeria, Morocco and Tunisia. Syracuse, N.Y.
- Evans, John (überarbeitet von Gavin Brown) (1986): OPEC and the World Energy Market: A Comprehensive Reference Guide. 2. Auflage, Harlow.

- Ewell, Judith (1984): *Venezuela: A Century of Change*. Stanford, Cal.
- Farouk-Sluglett, Marion; Sluglett, Peter (1991): *Der Irak seit 1958: Von der Revolution zur Diktatur*. Frankfurt/M.
- Fatemi, Khosrow (1982): *Leadership by Distrust: The Shah's Modus Operandi*, in: *The Middle East Journal*, 36.1, S. 48-61.
- First, Ruth (1980): *Libya: Class and State in an Oil Economy*, in: Nore, Petter; Turner, Terisa (Hrsg.), *Oil and Class Struggle*, London, S. 119-141.
- Fürtig, Henner (1996): *Liberalisierung als Herausforderung: Wie stabil ist die Islamische Republik Iran?* Berlin.
- Gatter, Peer (1998): *Khomeinis Erben: Machtpolitik und Wirtschaftsreformen im Iran*. Münster.
- Gause III, F. Gregory (1995): *Regional Influences on Experiments in Political Liberalization in the Arab World*, in: Brynen, Rex; Korany, Bahgat; Noble, Paul (Hrsg.), *Political Liberalization and Democratization in the Arab World, Band 1: Theoretical Perspectives*, Boulder, Colo., S. 283-306.
- Gellner, Ernest (1992): *Der Islam als Gesellschaftsordnung*. Stuttgart.
- Goodman, Nelson (1961): *Safety, Strength, Simplicity*, in: *Philosophy of Science*, 28.2, S. 150-151.
- Halevi, Nadav; Klinov-Malul, Ruth (1968): *The Economic Development of Israel*. New York.
- Hamilton, Nora (1982): *The Limits of State Autonomy: Post-Revolutionary Mexico*. Princeton, N.J.
- Ho, Samuel P. S. (1978): *Economic Development of Taiwan, 1860-1970*. New Haven, Conn.
- Ibrahim, Saad Eddin (1982): *The New Arab Social Order: A Study of the Social Impact of Oil Wealth*. Boulder, Colo.
- Jacoby, Neil H. (1966): *U.S. Aid to Taiwan: A Study of Foreign Aid, Self-Help and Development*. New York.
- Kang, Chong-Sook (1989): *Süd-Korea: Militärregime und weltmarktorientierte Industrialisierung im Schutz US-amerikanischer Interessen*, in: Steinweg, Reiner (Hrsg.), *Militärregime und Entwicklungspolitik*, Frankfurt/M., S. 104-120.
- Karl, Terry Lynn (1987): *Petroleum and Political Pacts: The Transition to Democracy in Venezuela*, in: *Latin American Research Review*, 22.1, S. 63-94.
- (1997): *The Paradox of Plenty: Oil Booms and Petro-States*. Berkeley, Cal.
- Karshenas, Massoud (1990): *Oil, State and Industrialization in Iran*. Cambridge.

- Kienle, Eberhard (1998): More than a Response to Islamism: The Political Deliberalization of Egypt in the 1990s, in: *The Middle East Journal*, 52.2, S. 219-235.
- Kim, Byung-Kook (1990): *Bringing and Managing Socioeconomic Change: The State in Korea and Mexico*. Ann Arbor, Mich.
- Korany, Bahgat (1986): Political Petrolism and Contemporary Arab Politics, 1967-1983, in: *Journal of Asian and African Studies*, 21.1-2, S. 66-80.
- Kursawe, Janet (2005): Mahmud Ahmadinejad, in: *Orient*, 46.3, S. 345-358.
- Luciani, Giacomo (1987): Allocation vs. Production States: A Theoretical Framework, in: Luciani, Giacomo; Beblawi, Hazem (Hrsg.), *The Rentier State*, London, S. 63-82.
- (1995): Resources, Revenues and Authoritarianism in the Arab World: Beyond the Rentier State, in: Brynen, Rex; Korany, Bahgat; Noble, Paul (Hrsg.), *Political Liberalization and Democratization in the Arab World*, Band 1: Theoretical Perspectives, Boulder, Colo., S. 211-227.
- Luther, Hans U. (1983): Republik Korea (Südkorea), in: Nohlen, Dieter; Nuscheler, Franz (Hrsg.), *Handbuch der Dritten Welt*, Band 8: Ostasien und Ozeanien: Unterentwicklung und Entwicklung, 2. Auflage, Hamburg, S. 115-142.
- Mahdavi, Hossein (1970): Patterns and Problems of Economic Development in Rentier States: The Case of Iran, in: Cook, M. A. (Hrsg.), *Studies in the Economic History of the Middle East: From the Rise of Islam to the Present Day*, London, S. 428-467.
- Mason, Edward S.; Kim, Mahn Je; Perkins, Dwight H.; Kim, Kwang Suk; Cole, David S. (mit Leroy Jones; Il Sakong; Donald R. Snodgrass; Noel F. McGinn) (1980): *The Economic and Social Modernization of the Republic of Korea*. Cambridge, Mass.
- McBeth, B. S. (1983): *Juan Vicente Gómez and the Oil Companies in Venezuela, 1908-1935*. Cambridge.
- Menzel, Ulrich (1985): *In der Nachfolge Europas: Autozentrierte Entwicklung in den ostasiatischen Schwellenländern Südkorea und Taiwan*. München.
- Messner, Dirk (1994): Republik Korea (Südkorea), in: Nohlen, Dieter; Nuscheler, Franz (Hrsg.), *Handbuch der Dritten Welt*, Band 8: Ostasien und Ozeanien, 3. Auflage, Bonn, S. 168-211.
- Meyer, Lutz (1985): Die Islamische Republik Iran – ein Beispiel für autozentrierte Entwicklung und Dissoziation?, in: *Orient*, 26.3, S. 389-406.
- Mommer, Bernard (1983): *Die Ölfrage: Die Bedeutung der Grundrente in der Petroleumproduktion*. Baden-Baden.

- Najmabadi, Afsaneh (1987): Depoliticisation of a Rentier State: The Case of Pahlavi Iran, in: Beblawi, Hazem; Luciani, Giacomo (Hrsg.), *The Rentier State*, London, S. 211-227.
- Neelsen, John P. (1997): Rente und Rentierstaat in der internationalen Politik: Konzept – Empirie - Kritik, in: Boeckh, Andreas; Pawelka, Peter (Hrsg.), *Staat, Markt und Rente in der internationalen Politik*, Opladen, S. 121-155.
- Pawelka, Peter (1985): *Herrschaft und Entwicklung im Nahen Osten: Ägypten*. Heidelberg.
- (1993): *Der Vordere Orient und die Internationale Politik*. Stuttgart.
- Poirine, Bernard (1997): A Theory of Remittances as an Implicit Family Loan Arrangement, in: *World Development*, 25.4, S. 589-611.
- Przeworski, Adam (1991): *Democracy and the Market: Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America*. Cambridge.
- Richards, Alan; Waterbury, John (1996): *A Political Economy of the Middle East*. 2. Auflage, Boulder, Colo.
- Robinson, Glenn E. (1997): The Growing Authoritarianism of the Arafat Regime, in: *Survival*, 39.2, S. 42-56.
- Ron, James (2005): Paradigm in Distress? Primary Commodities and Civil War, in: *Journal of Conflict Resolution*, 49.4, S. 443-450.
- Ross, Michael L. (2001): Does Oil Hinder Democracy?, in: *World Politics*, 53, S. 325-361.
- (2004): What Do We Know About Natural Resources and Civil War?, in: *Journal of Peace Research*, 41.3, S. 337-356.
- Ruf, Werner (1997): *Die algerische Tragödie: Vom Zerschlagen des Staates in einer zerrissenen Gesellschaft*. Münster.
- Sano, John R. (1980): Foreign Capital and Investment, in: Park, Sung-Jo; Schin, Taiwhan; Zo, Ki Zun (Hrsg.), *Economic Development and Social Change in Korea*, Frankfurt/M., S. 212-229.
- Scott, Maurice (1979): Foreign Trade, in: Galenson, Walter (Hrsg.), *Economic Growth and Structural Change in Taiwan: The Postwar Experience of the Republic of China*, Ithaca, N.Y., S. 308-383.
- Skocpol, Theda (1979): *States and Social Revolutions: A Comparative Analysis of France, Russia and China*. Cambridge.
- Stork, Joe; Lesch, Ann M. (1990): Why War? Background to the Crisis, in: *Middle East Report*, Nr. 167, S. 11-18.
- Telhami, Shibley (1990): *Power and Leadership in International Bargaining: The Path to the Camp David Accords*. New York.

- Tibi, Bassam (1985): *Der Islam und das Problem der kulturellen Bewältigung sozialen Wandels*. Frankfurt/M.
- Trimberger, Ellen Kay (1978): *Revolution from Above: Military Bureaucrats and Development in Japan, Turkey, Egypt and Peru*. New Brunswick, N.J.
- Waterbury, John (1994): *Democracy Without Democrats? The Potential for Political Liberalization in the Middle East*, in: Salamé, Ghassan (Hrsg.), *Democracy Without Democrats? The Renewal of Politics in the Muslim World*, London, S. 23-47.
- Wolffsohn, Michael (1983): *Politik in Israel: Entwicklung und Struktur des politischen Systems*. Opladen.
- ; Bokovoy, Douglas (1996): *Israel: Geschichte – Politik – Gesellschaft – Wirtschaft (1882-1996)*. 5. Auflage, Opladen.
- Yi, Guk-Yueng (1988): *Staat und Kapitalakkumulation in ostasiatischen Ländern: Ein Vergleich zwischen Korea und Taiwan*. Saarbrücken.
- Zekri, Sonja (2006): *Staaten in Rente*, in: *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 26, 01.02.2006, in: www.sueddeutsche.de/tt4m2/kultur/artikel/361/69292/, 26.02.2006.

Recent issues:

- No 25 Dirk Kohnert: Cultures of Innovation of the African Poor. Common Roots, Shared Traits, Joint Prospects? On the Articulation of Multiple Modernities in African Societies and Black Diasporas in Latin America; July 2006
- No 24 Jan Peter Wogart: Multiple Interfaces of Big Pharma and the Change of Global Health Governance in the Face of HIV/AIDS; June 2006
- No 23 Daniel Flemes: Brazil's Nuclear Policy. From Technological Dependence to Civil Nuclear Power; June 2006
- No 22 Leany Barreiro Lemos and Mariana Llanos: The Politics of Senatorial Confirmations: A Comparative Study of Argentina and Brazil; May 2006
- No 21 Matthias Basedau and Wolfram Lacher: A Paradox of Plenty? Rent Distribution and Political Stability in Oil States; April 2006
- No 20 Esther K. Ishengoma and Robert Kappel: Economic Growth and Poverty: Does Formalisation of Informal Enterprises Matter?; April 2006
- No 19 Anika Oettler: Guatemala in the 1980s: A Genocide Turned into Ethnocide?; March 2006
- No 18 Heike Holbig: Ideological Reform and Political Legitimacy in China: Challenges in the Post-Jiang Era; March 2006
- No 17 Howard Loewen: Towards a Dynamic Model of the Interplay Between International Institutions; February 2006
- No 16 Gero Erdmann and Ulf Engel: Neopatrimonialism Revisited – Beyond a Catch-All Concept; February 2006
- No 15 Thomas Kern: Modernisierung und Demokratisierung: Das Erklärungspotenzial neuer differenzierungstheoretischer Ansätze am Fallbeispiel Südkoreas [*Modernization and Democratization: The Explanatory Potential of New Differentiation Theoretical Approaches on the Case of South Korea*]; January 2006
- No 14 Karsten Giese: Challenging Party Hegemony: Identity Work in China's Emerging *Virreal* Places; January 2006
- No 13 Daniel Flemes: Creating a Regional Security Community in Southern Latin America: The Institutionalisation of the Regional Defence and Security Policies; December 2005
- No 12 Patrick Köllner and Matthias Basedau: Factionalism in Political Parties: An Analytical Framework for Comparative Studies; December 2005
- No 11 Detlef Nolte and Francisco Sánchez: Representing Different Constituencies: Electoral Rules in Bicameral Systems in Latin America and Their Impact on Political Representation; November 2005

All GIGA Working Papers are available as pdf files free of charge at www.giga-hamburg.de/workingpapers. For any requests please contact: workingpapers@giga-hamburg.de.
Editor of the Working Paper Series: Bert Hoffmann.